

August 2019

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Zusammenfassung.....	2
Vorbehalte gegenüber neuer Verteidigungsministerin	3
Umstrittenes Zwei-Prozent-Ziel der NATO.....	4
Politikerzufriedenheit: Merkel, Maas und Spahn am populärsten	5
Bundesregierung gewinnt leicht an Zuspruch, Kritik besteht fort	6
Sonntagsfrage: Union und Grüne gleichauf	7
Maßnahmen für klimafreundlicheres Verhalten: Anreize besser als Verbote.....	9
Sinnvoller Klimaschutz: Forschung, erneuerbare Energien, kostengünstigere Bahn, aber keine CO2-Steuer.....	10
Premier Boris Johnson: Verschlechterte Beziehungen zur EU erwartet	11
Entwicklung seit der Vereinigung: Zufriedenheit im Osten sinkt.....	12

ARD – DeutschlandTREND August 2019

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Barbara Schmickler	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.003 Befragte Sonntagsfrage: 1.503 Befragte Frage zur Vereinigung: 1.146 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	29. bis 30. Juli 2019 Sonntagsfrage: 29. bis 31. Juli 2019 Frage zur Vereinigung: 30. bis 31. Juli 2019	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

Mit der Vereidigung von Annegret Kramp-Karrenbauer als Verteidigungsministerin hat sich das politische Berlin in die Sommerferien verabschiedet. Diese jüngste Personalentscheidung der schwarz-roten Koalition trifft bei den Bundesbürgern auf Vorbehalte: Nur jeder Sechste sieht in der CDU-Politikerin eine gute Besetzung für das Amt. Zu einer Daueraufgabe dürfte sich auch für die neue Ministerin der Einsatz für eine bessere Finanzausstattung der Bundeswehr entwickeln. Das von ihr unterstützte Zwei-Prozent-Ziel der NATO ist bei den Bundesbürgern allerdings umstritten. Eine entsprechende Erhöhung der deutschen Verteidigungsetats unterstützt aktuell die Hälfte der Wahlberechtigten, etwa ebenso viele lehnen sie ab.

Trotz der bestehenden Vorbehalte gegenüber der neuen Verteidigungsministerin kann die CDU-Parteivorsitzende vom Eintritt ins Bundeskabinett profitieren. Im Bevölkerungsurteil legt Annegret Kramp-Karrenbauer zu, drei von zehn Bundesbürgern äußern sich wohlwollend zu ihrer Arbeit. Noch deutlicher verbessert sich zum Vormonat Gesundheitsminister Jens Spahn. Etwa die Hälfte bewertet seine Arbeit positiv. Damit schließt er zu Außenminister Heiko Maas und Kanzlerin Angela Merkel auf, die weiterhin die Liste der populärsten Bundespolitiker anführen. Ungeachtet der umstrittenen Personalentscheidungen des letzten Monats legt der Rückhalt der Bundesregierung in der Bevölkerung leicht zu. An der mehrheitlichen Kritik gegenüber der schwarz-roten Koalition ändert dies jedoch nichts: Zwei Drittel äußern sich weniger oder gar nicht zufrieden zur Regierungsarbeit, ein Drittel ist zufrieden.

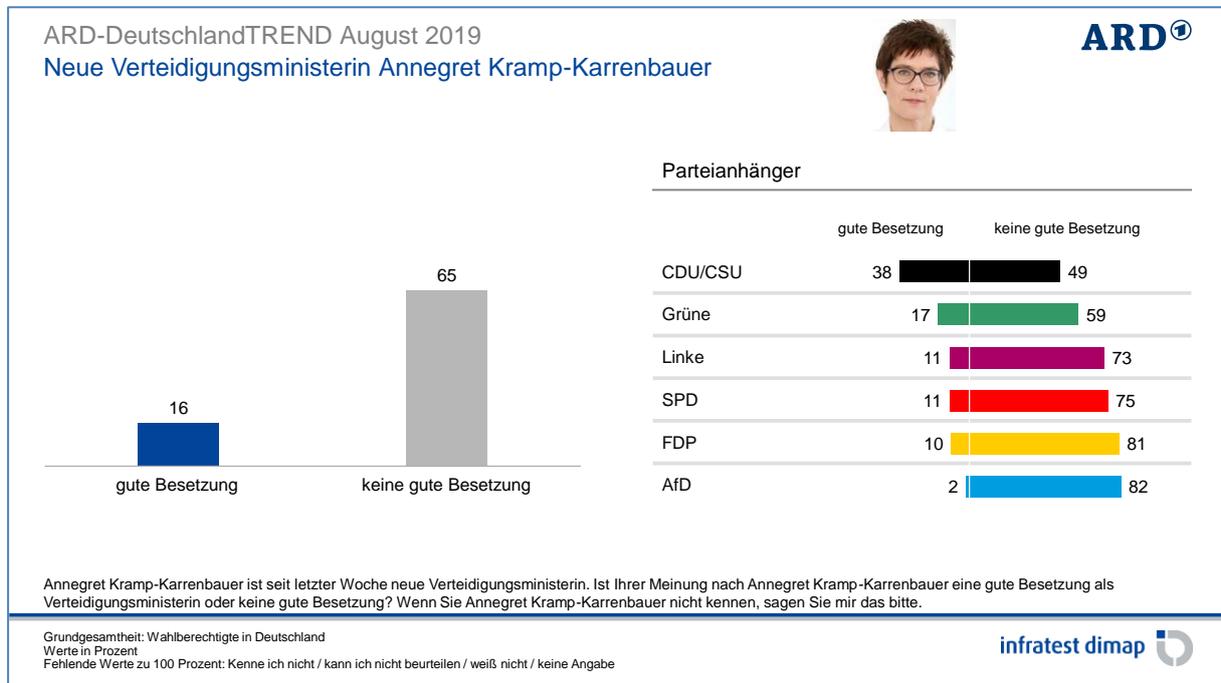
In der politischen Stimmung ergeben sich kaum Veränderungen. Die Union legt auf 26 Prozent (+1) zu und schließt zu den Grünen (26 Prozent; +/-0) auf. Dahinter liegt die AfD, die leicht hinzugewinnt und 14 Prozent (+1) in Aussicht hätte. Die SPD gibt gegenüber Juli einen Punkt ab und würde aktuell 12 Prozent erzielen. Während die FDP wie im Vormonat auf 8 Prozent käme, würde die Linke 7 Prozent (-1) erzielen. Alle anderen Parteien erreichen wie im Vormonat zusammen 7 Prozent der Stimmen.

Die Umwelt- und Klimapolitik dominierte auch in den letzten Wochen die innenpolitische Debatte. Von den diskutierten Einzelmaßnahmen für einen besseren Klima- und Umweltschutz erachten die Bundesbürger insbesondere die Förderung von Innovation und Forschung, den Ausbau erneuerbarer Energien sowie eine höhere Attraktivität der Bahn durch niedrigere Ticketpreise als sinnvoll. Die Einführung einer CO₂-Steuer stößt dagegen mehrheitlich auf Ablehnung. Die generelle Bereitschaft der Bundesbürger, zugunsten des Klima- und Umweltschutzes auch finanzielle Belastungen zu übernehmen, scheint bislang begrenzt: 21 Prozent möchten keinen eigenen Beitrag leisten, weitere 21 Prozent maximal 25 Euro im Monat. Die Akzeptanz von finanziellen Mehrbelastungen zugunsten des Klimaschutzes ist eine Frage der Parteipräferenz, aber auch des Geldbeutels und der Schulbildung.

Boris Johnson führt seit letzter Woche die britischen Regierungsgeschäfte. Sein Wechsel ins Amt des Premiers beeinträchtigt das Großbritannien-Bild in Deutschland. Zwei Drittel erwarten, dass sich das Verhältnis Großbritanniens zur EU unter Boris Johnson verschlechtern wird. Zugleich betrachten aktuell nur 37 Prozent der Bundesbürger Großbritannien als vertrauenswürdigen Partner der Bundesrepublik, so wenige wie nie zuvor im ARD-DeutschlandTREND.

In einem Monat stehen Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg an. Es ist zu erwarten, dass sich die dortige Parteienlandschaft deutlich verändert. Der Blick der Ostdeutschen auf die Entwicklung seit 1990 fällt auch im dritten Jahrzehnt nach der Vereinigung mehrheitlich positiv aus. Allerdings ist ihre Zufriedenheit innerhalb von zwei Jahren deutlich zurückgegangen.

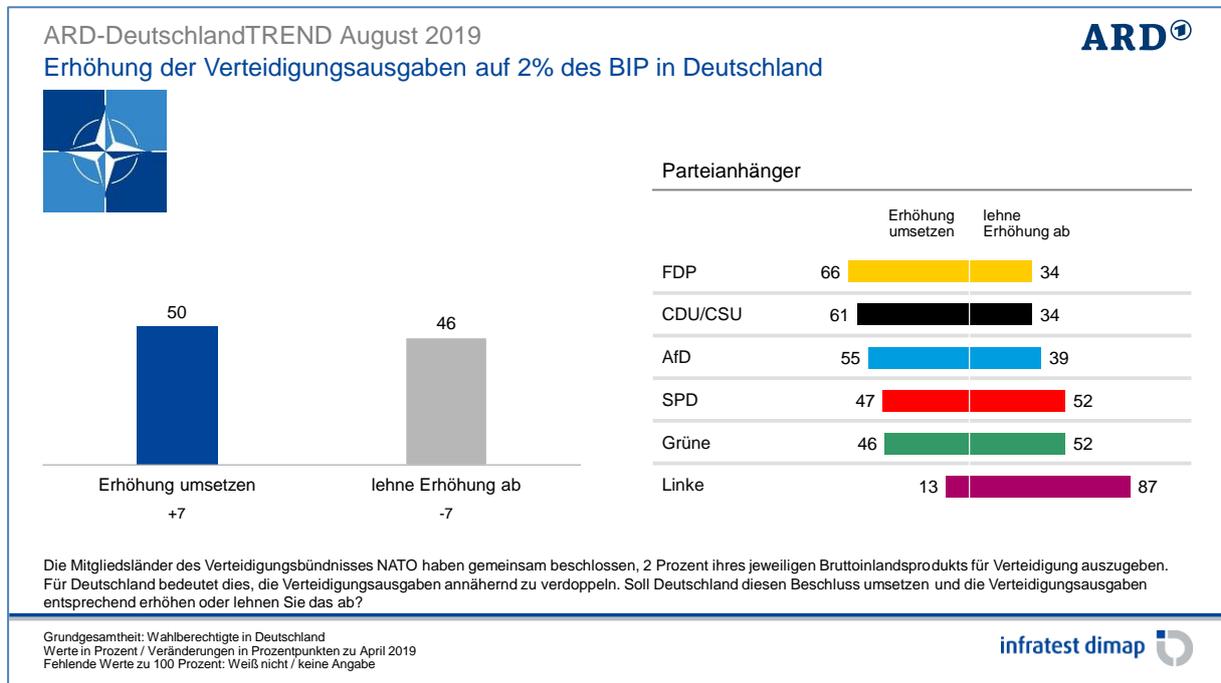
Vorbehalte gegenüber neuer Verteidigungsministerin



Mit der Vereidigung von Annegret Kramp-Karrenbauer als Verteidigungsministerin hat sich das politische Berlin in die Sommerferien verabschiedet. Diese jüngste Personalentscheidung der schwarz-roten Koalition trifft bei den Bundesbürgern auf Vorbehalte: Jeder Sechste (16 Prozent) ist von Annegret Kramp-Karrenbauer als Verteidigungsministerin überzeugt. Zwei Drittel der Deutschen (65 Prozent) sehen in der CDU-Politikerin dagegen keine gute Besetzung für das Amt der Verteidigungsministerin.

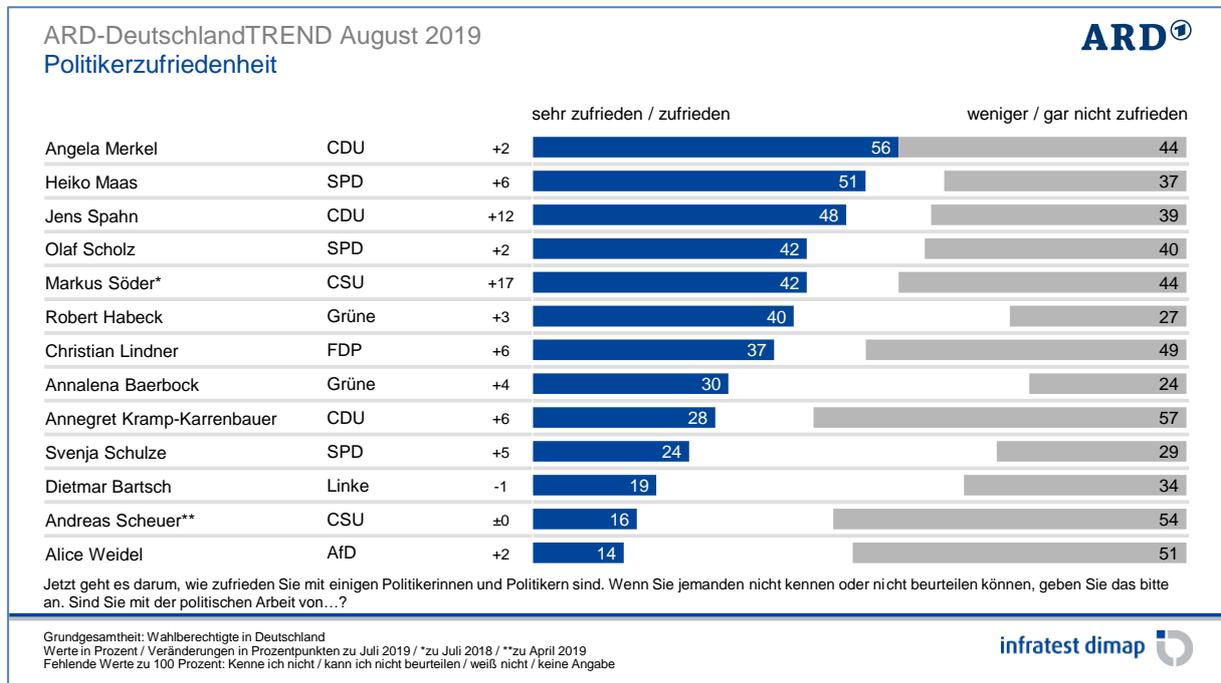
Zweifel bestehen unter den Anhängern des Koalitionspartners SPD wie der Bundestagsopposition, aber auch in den Unionsreihen selbst: Die Hälfte der Unions-Anhänger (49 Prozent) stellt ihre Eignung in Frage. Der Start von Ursula von der Leyen als neue Verteidigungsministerin vor mehr als fünf Jahren war von weniger Skepsis begleitet. Zu ihrem Amtsantritt im Dezember 2013 galt von der Leyen bei 43 Prozent als keine gute Besetzung, etwa ebenso viele (40 Prozent) äußerten sich damals wohlwollend.

Umstrittenes Zwei-Prozent-Ziel der NATO



Zu einer Daueraufgabe dürfte sich auch für die neue Ministerin der Einsatz für eine bessere Finanzausstattung der Bundeswehr entwickeln. Das von Kramp-Karrenbauer unterstützte NATO-Ziel zur Anhebung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist allerdings nicht nur beim Koalitionspartner SPD, sondern auch in der Bevölkerung umstritten. Eine entsprechende Erhöhung des deutschen Verteidigungshaushalts unterstützt aktuell die Hälfte der Wahlberechtigten (50 Prozent), etwa ebenso viele (48 Prozent) lehnen sie ab. Im Vergleich zum Frühjahr hat eine Anhebung der Verteidigungsausgaben in der Bevölkerung allerdings an Zuspruch gewonnen. In den Reihen von FDP, Union und AfD überwiegt die Zustimmung für die Umsetzung des Zwei-Prozent-Ziels in Deutschland. Die Anhänger von SPD und Grünen sind in dieser Frage gespalten, während die der Linken eine Umsetzung des NATO-Ziels mit großer Mehrheit ablehnen.

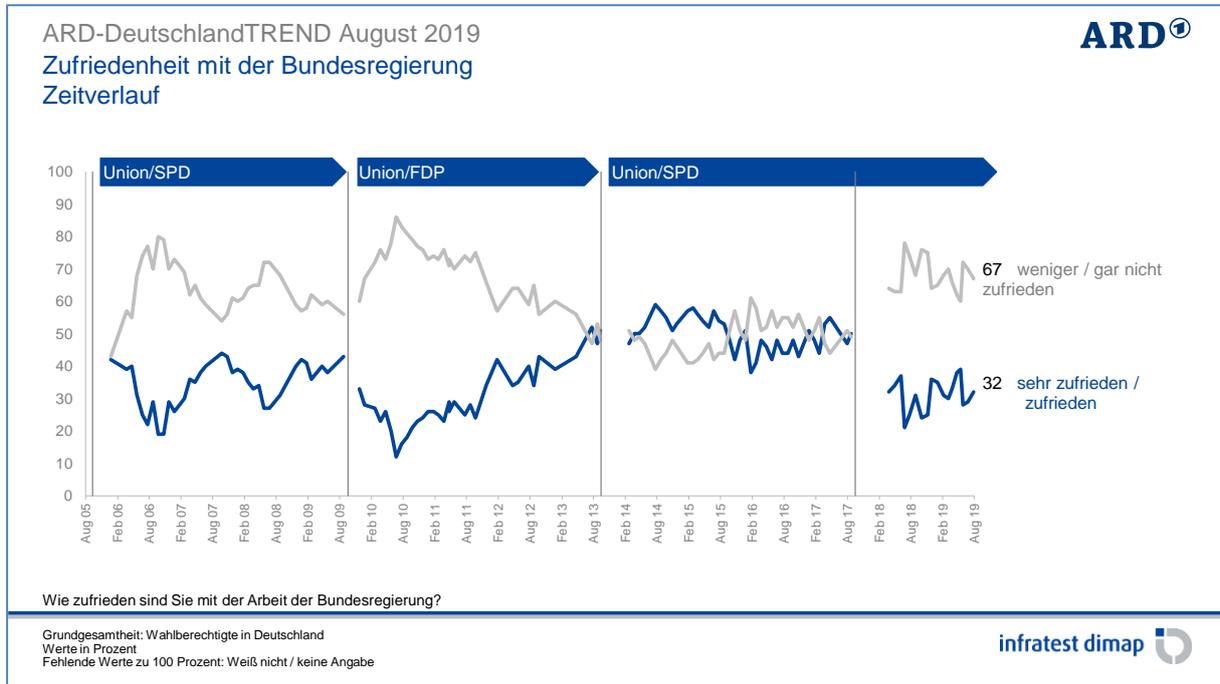
Politikerzufriedenheit: Merkel, Maas und Spahn am populärsten



Trotz der bestehenden Vorbehalte gegenüber der neuen Verteidigungsministerin profitiert Annegret Kramp-Karrenbauer vom Eintritt ins Bundeskabinett. Im Urteil der Bundesbürger legt die CDU-Politikerin gegenüber Anfang Juli zu, drei von zehn Bundesbürgern äußern sich aktuell wohlwollend zu ihrer Arbeit (28 Prozent; +6). Noch deutlicher verbessert sich zum Vormonat allerdings Gesundheitsminister Jens Spahn, der in Berlin ebenfalls als Nachfolger für von der Leyen gehandelt wurde. Etwa die Hälfte der Bundesbürger (48 Prozent; +12) bewertet aktuell seine Arbeit positiv, für ihn der bislang beste Wert im ARD-DeutschlandTREND. Damit schließt er zu Außenminister Heiko Maas (51 Prozent; +6) und Kanzlerin Angela Merkel (56 Prozent; +2) auf, die weiterhin die Liste der populärsten Bundespolitiker im ARD-DeutschlandTREND anführen.

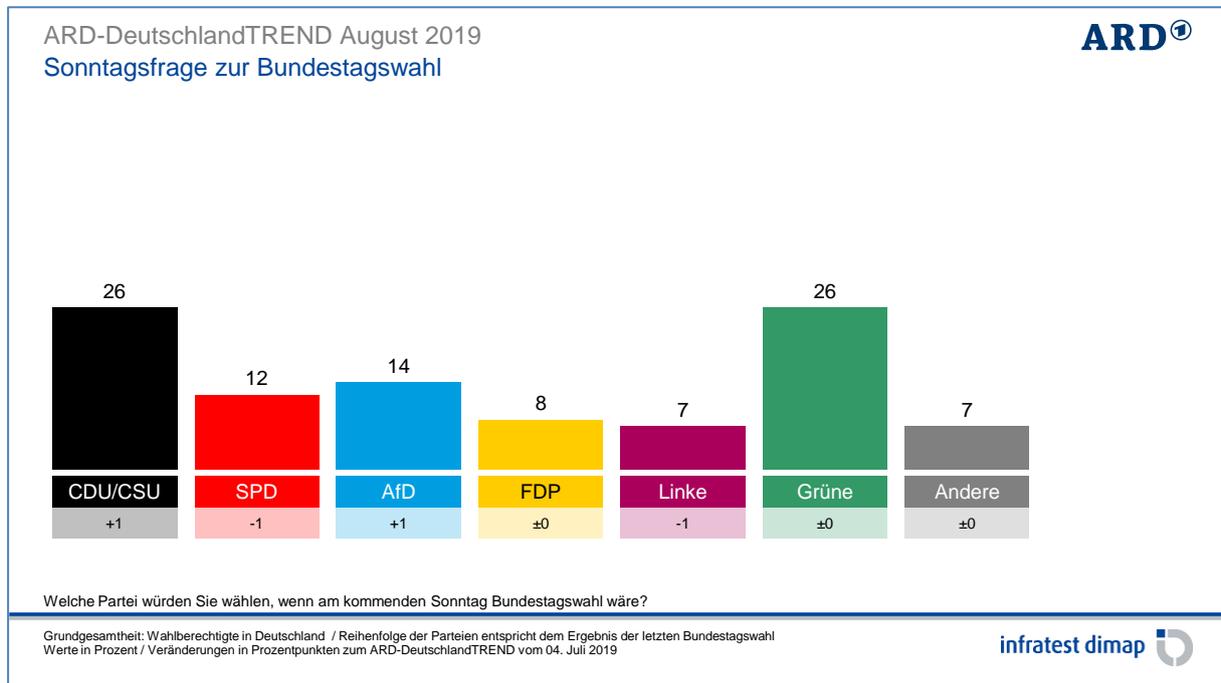
Im vorderen Mittelfeld platzieren sich Bundesfinanzminister Olaf Scholz (42 Prozent; +2) sowie jeweils mit persönlichen Bestwerten der bayerische CSU-Ministerpräsident Markus Söder (42 Prozent; +17 zu Juli 2018) und der Grünen-Bundesvorsitzende Robert Habeck (40 Prozent; +3). Auf sie folgen der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner (37 Prozent; +6), die Grünen Vorsitzende Annalena Baerbock (30 Prozent; +4) sowie die CDU-Parteichefin und Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer. Das hintere Feld wird angeführt von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (24 Prozent; +5). Linken-Fraktionsvorsitzender Dietmar Bartsch liegt auf dem drittletzten Platz (19 Prozent; -1) vor CSU-Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (16 Prozent; +/-0 zu April 2019) und der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel (14 Prozent; +2).

Bundesregierung gewinnt leicht an Zuspruch, Kritik besteht fort

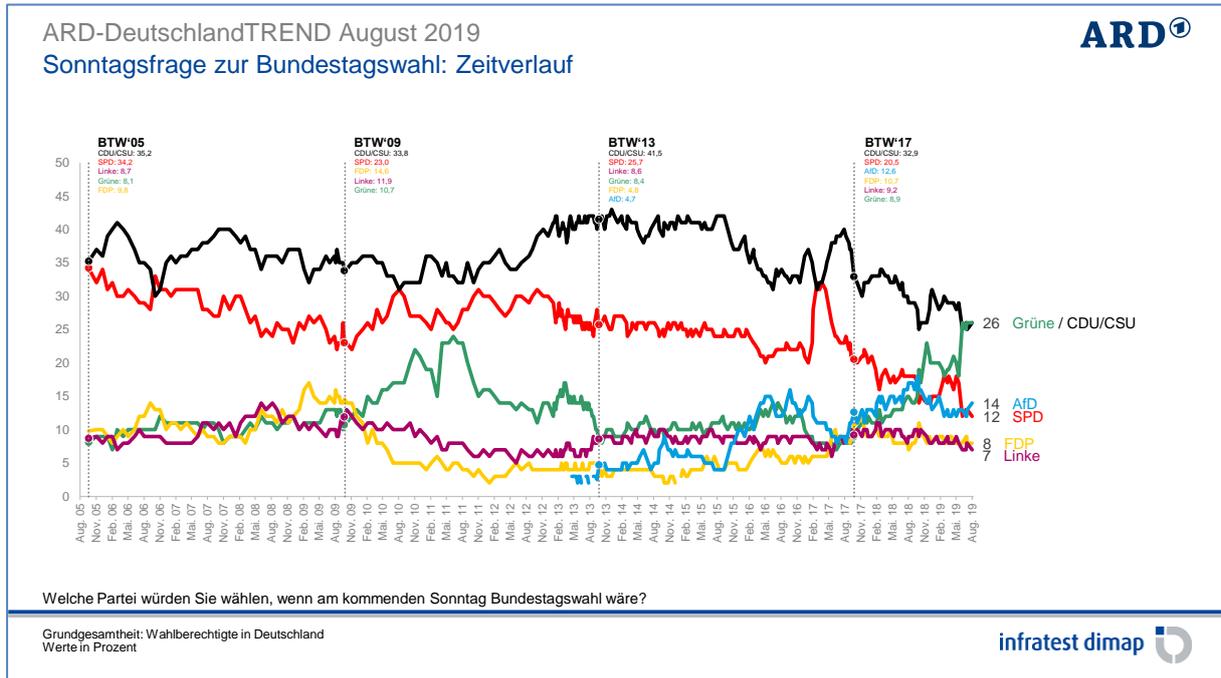


Ungeachtet der umstrittenen Personalentscheidungen des letzten Monats steigt der Rückhalt für die Bundesregierung in der Bevölkerung gegenüber Juli leicht. An der mehrheitlichen Kritik gegenüber der schwarz-roten Koalition ändert dies im Grundsatz jedoch nichts. Zwei Drittel der Deutschen (67 Prozent; -3) äußern sich weniger oder gar nicht zufrieden zur Regierungsarbeit, ein Drittel (32 Prozent; +3) ist zufrieden. Während die Unions-Anhänger der Regierungsarbeit nach wie vor ein positives Zeugnis (61:39 Prozent) ausstellen, überwiegt bei den SPD-Wählern weiterhin die Unzufriedenheit (41:58 Prozent).

Sonntagsfrage: Union und Grüne gleichauf

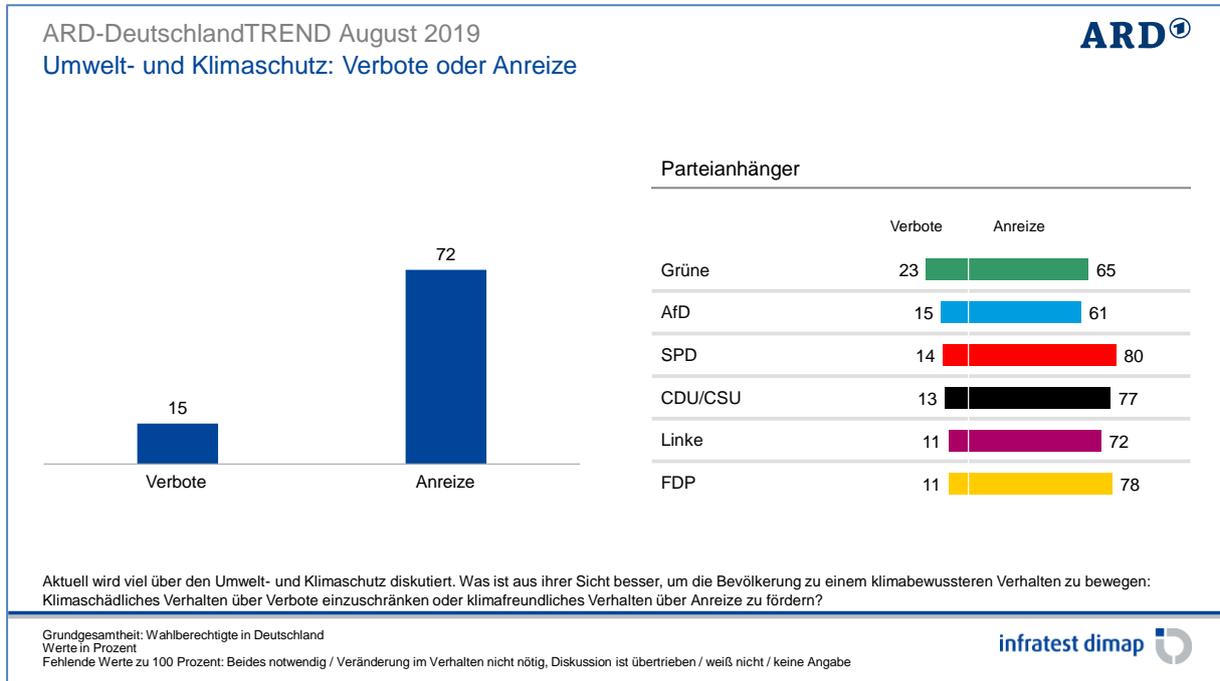


In der politischen Stimmung ergeben sich gegenüber dem ARD-DeutschlandTREND Juli nur wenige Veränderungen. Die Union legt um einen Punkt zu und schließt zu den Grünen (jeweils 26 Prozent) auf. An dritter Stelle liegt die AfD (+1 Punkt), die leicht hinzugewinnt und derzeit 14 Prozent in Aussicht hätte. Die SPD gibt gegenüber Juli einen Punkt ab und würde aktuell 12 Prozent erzielen. Während die FDP wie im Vormonat auf 8 Prozent Wähleranteil käme, büßt die Linke einen Punkt ein. Sie würde derzeit 7 Prozent erzielen. Alle anderen Parteien erreichen wie im Vormonat zusammen 7 Prozent der Stimmen.



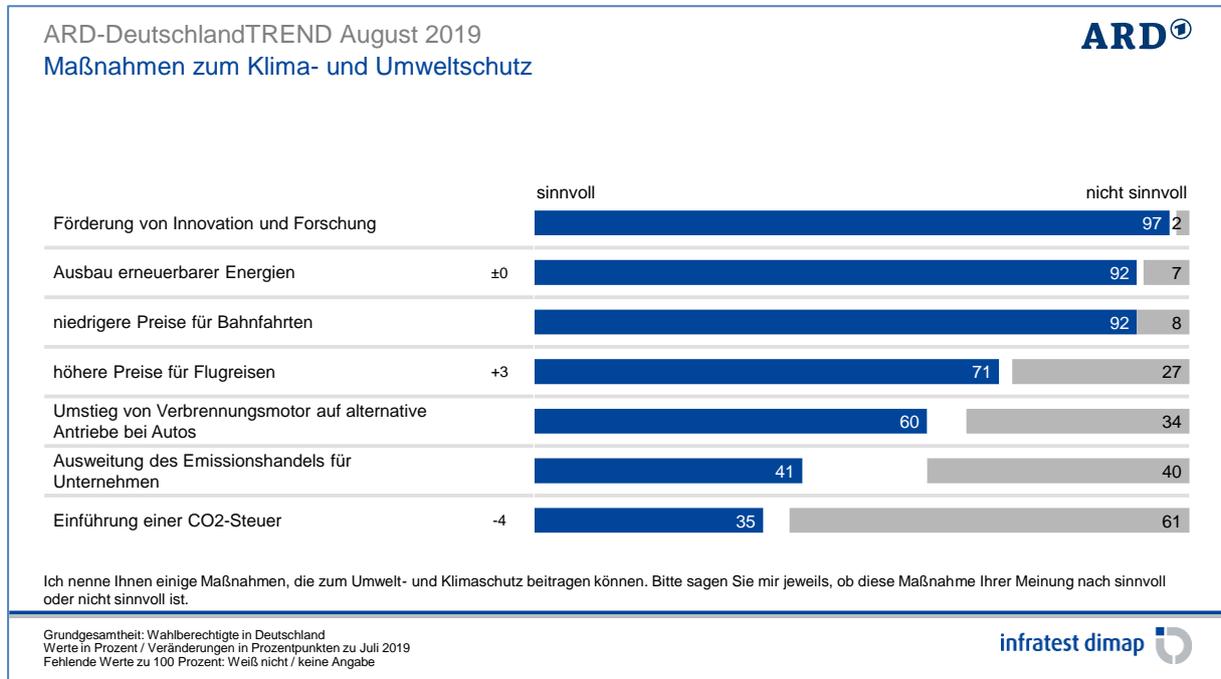
Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Maßnahmen für klimafreundlicheres Verhalten: Anreize besser als Verbote



Stärker noch als die Verteidigungspolitik dominierte die Umwelt- und Klimapolitik die innenpolitische Debatte der letzten Wochen. Die diskutierten Maßnahmen, um ein klimabewussteres Verhalten der Bevölkerung zu fördern, umfassen Verbote wie Konzepte zur Belohnung klimafreundlicher Handlungsweisen. Die große Mehrheit der Bundesbürger (72 Prozent) favorisiert, dass eher Anreize gesetzt werden. Nur jeder Siebte (15 Prozent) plädiert dagegen für direkte Verbote klimaschädlichen Verhaltens.

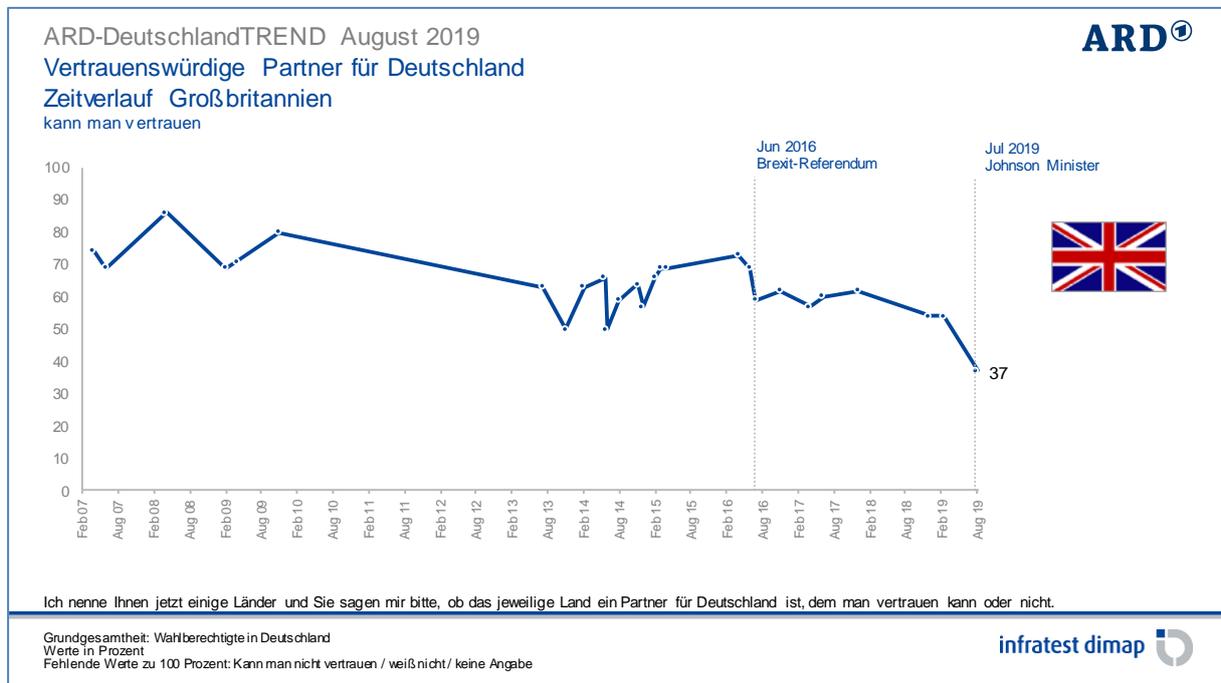
Sinnvoller Klimaschutz: Forschung, erneuerbare Energien, kostengünstigere Bahn, aber keine CO2-Steuer



Von den diskutierten Einzelmaßnahmen für einen besseren Klima- und Umweltschutz betrachten die Bundesbürger drei Instrumente als besonders sinnvoll: die Förderung von Innovation und Forschung (97 Prozent), den Ausbau erneuerbarer Energien sowie eine höhere Attraktivität der Bahn durch niedrigere Ticketpreise (jeweils 92 Prozent). Die Verteuerung des Flugverkehrs wird auch als wirkungsvoll betrachtet (71 Prozent), genauso der Umstieg von Verbrennungsmotoren auf alternative Antriebe (60 Prozent). Der Ausweitung des Emissionshandels für Unternehmen stehen die Bundesbürger dagegen vergleichsweise skeptisch gegenüber (41:40 Prozent). Noch kritischer sehen sie die Einführung einer CO2-Steuer, die sechs von zehn (35:61 Prozent) negativ beurteilen.

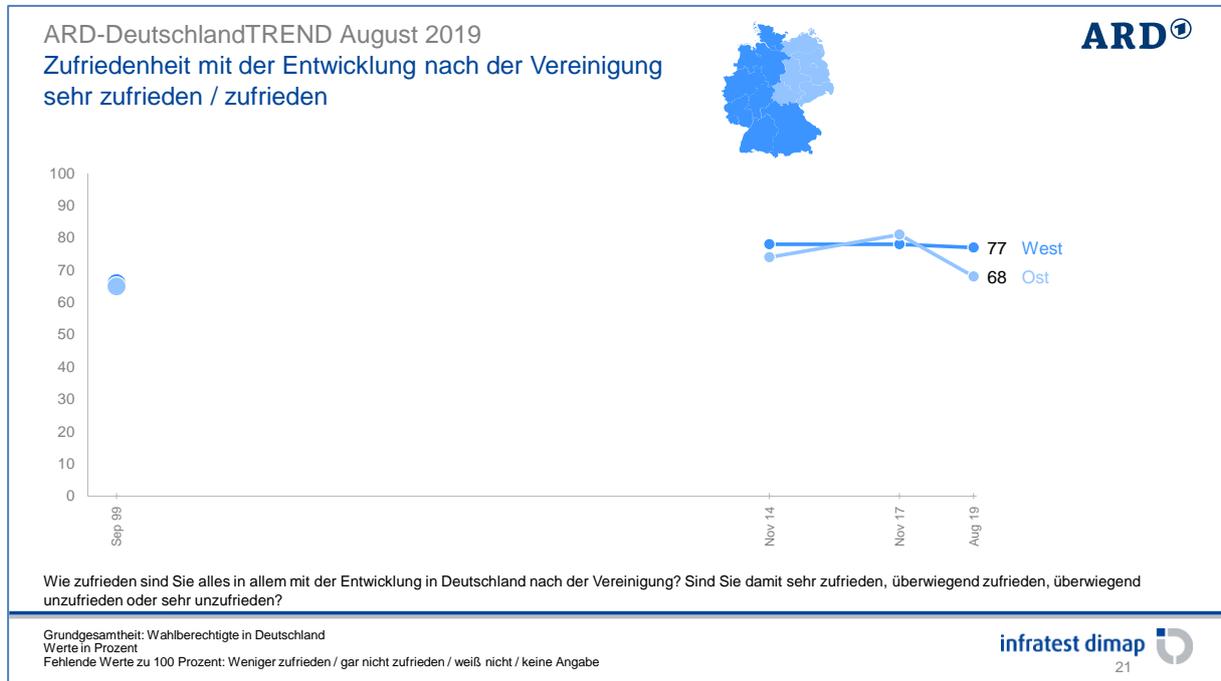
Die Ablehnung einer CO2-Steuer geht einher mit einer begrenzten Bereitschaft, zugunsten des Klima- und Umweltschutzes persönlich finanzielle Belastungen in Kauf zu nehmen. So möchten 21 Prozent keinen eigenen Beitrag leisten, weitere 21 Prozent maximal 25 Euro im Monat. Immerhin 7 Prozent können sich aber auch vorstellen, monatlich mehr als 100 Euro für den Klimaschutz auszugeben. Die Akzeptanz von finanziellen Mehrbelastungen zugunsten des Klimaschutzes ist letztlich eine Frage der Parteipräferenz, aber auch des Geldbeutels und der Schulbildung.

Premier Boris Johnson: Verschlechterte Beziehungen zur EU erwartet



Boris Johnson führt seit letzter Woche die britischen Regierungsgeschäfte. Sein Wechsel ins Amt beeinträchtigt das Großbritannien-Bild in Deutschland. Die Mehrheit der Deutschen rechnet damit, dass sich die Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU (67 Prozent) unter Johnson verschlechtern werden. Keine Auswirkungen auf das Verhältnis erwarten 28 Prozent. Kaum jemand (3 Prozent) glaubt, dass sich das Vereinigte Königreich und die Europäischen Union unter dem neuen britischen Premier näher kommen werden. Zugleich betrachten aktuell nur 37 Prozent der Bundesbürger Großbritannien als vertrauenswürdigen Partner der Bundesrepublik, so wenige wie nie zuvor im ARD-DeutschlandTREND.

Entwicklung seit der Vereinigung: Zufriedenheit im Osten sinkt



In einem Monat stehen Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg an, Ende Oktober wählt Thüringen einen neuen Landtag. Es ist zu erwarten, dass sich mit den drei Urnengängen die ostdeutsche Parteienlandschaft deutlich verändert. Der Blick der Ostdeutschen auf die Entwicklung seit 1990 fällt auch im dritten Jahrzehnt nach der Vereinigung positiv aus: zwei Drittel der Ostdeutschen (68 Prozent) sind mit der Entwicklung Deutschlands seit der Vereinigung alles in allem zufrieden. Allerdings ist ihre Zufriedenheit innerhalb von zwei Jahren deutlich zurückgegangen. Im November 2017 äußerten sich noch 81 Prozent der Ostdeutschen wohlwollend.

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert